Wahlprüfsteine anlässlich der
NRW Kommunalwahlen am 13.09.2020
Antworten DIE LINKE Münster vom 19.08.2020

DBSH Landesverband Nordrhein-Westfalen

#dauerhaftsystemrelevant

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

   „Wir empfinden es als respektlos, dass Sozialarbeiter*innen, obwohl sie einen nicht zu ersetzenden Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten, immer noch nicht ausreichend anerkannt werden. Dies gilt insbesondere für die Zeit der Pandemie. Sozialarbeiter*innen arbeiten häufig in Berufen, in denen der persönliche Kontakt zu anderen Menschen unumgänglich ist und in Berufen, in denen die Arbeit im Home-Office gar nicht möglich ist. Dadurch setzen sie sich stets der Gefahr aus, sich und andere anzustecken. Sozialarbeiter*innen wurden zwar formell als systemrelevant eingestuft, werden aber immer noch nicht so behandelt und vor allem auch nicht so bezahlt. Als LINKE werden wir uns dafür einsetzen, dass – soweit dies auf kommunaler Ebene möglich ist – Menschen in sozialen Berufen ein angemessen hohes Gehalt beziehen und gute Arbeitsbedingungen haben. Dazu gehört es vor allem, dass ausreichend Personal vorhanden ist und nicht, wie oft üblich, zu viel Arbeit auf zu wenig Schultern lastet. Arbeitsverträge sollten grundsätzlich unbefristet sein. Dies wollen wir zunächst bei allen städtischen Angestellten umsetzen, denn die Stadt muss Vorbild für andere Arbeitgeber*innen sein. Die Stadt sollte sich dafür einsetzen, dass auch freie Träger dies umsetzen, insbesondere dann, wenn ihre Tätigkeit (teilweise) durch die Stadt gefördert oder finanziert wird.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

   „Um den Fachkräftemangel wirksam zu bekämpfen, wollen wir die prekären Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung verbessern. Dies wird mehr junge Menschen motivieren, einen sozialen Beruf zu ergreifen. Aber auch bereits im Studium kämpfen viele Studierende mit dem Problem, das gesetzlich vorgeschriebene Praxissemester absolvieren zu müssen, das bei fast keinem Träger (ausreichend) entlohnt wird. Diese Situation müssen wir ändern und den Praxiszeiten in anderen Studiengängen angleichen (beispielsweise der Entlohnung im schulischen und juristischen Vorbereitungsdienst, s.u.). Auch dies wollen wir zuerst bei der Stadt selbst einführen, darüber hinaus aber auch bei anderen Trägern.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Wir empfinden dies als völlige Missbilligung der wichtigen Tätigkeit der (angehenden) Sozialarbeiter*innen, die im Praxissemester in der Regel vollumfänglich die Tätigkeiten eines*r Sozialarbeiters*in übernehmen. Dies ist zudem eine erhebliche Ungleichbehandlung gegenüber anderen Studierenden, die am Ende des Studiums eine Praxiszeit absolvieren müssen. Viele Student*innen haben Probleme, das Praxissemester zu finanzieren, weil kaum ein Träger eine Vergütung dafür zahlt und wenn, liegt sie meistens bei 200-300 €. Nicht einmal die Stadtverwaltung selbst geht hier mit gutem Beispiel voran, auch dort werden Praxissemester grundsätzlich gar nicht vergütet. Das führt dazu, dass Student*innen das Praxissemester ungewollt aufschieben müssen, nur in Teilzeit absolvieren oder sich durch die Aufnahme von Krediten erheblich verschulden. Angehenden Lehrer*innen und Jurist*innen hingegen erhalten im Referendariat 1200-1300 € brutto. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Praktikant*innen in allen Bereichen angemessen entlohnt werden. Die Entlohnung am Ende des Studiums muss sich dabei an der Entlohnung im schulischen und juristischen Vorbereitungsdienst orientieren.“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„DIE LINKE stand in den vergangenen Jahren an der Seite zahlreicher Initiativen, die sich gegen Rassismus und die inhumane Abschiebepraxis und für Integration und Aufnahme geflüchteter Menschen engagiert haben. Mit Hilfe der LINKEN konnte nicht nur die Zentrale Ausländerbehörde in Münster verhindert werden, deren Aufgabe es gewesen wäre, Abschiebungen durchzuführen anstatt Perspektiven für Geflüchtete zu entwickeln. Mit unserer Hilfe wurde Münster schließlich auch zu einem sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Menschen erklärt – gegen den Widerstand von CDU und Grünen.

Wir werden auch in den kommenden Jahren weiterhin an der Seite von Menschen und Initiativen stehen, die sich gegen Rassismus einsetzen. Auf kommunaler Ebene werden wir alle Mittel nutzen, um Menschen die Integration leichter zu machen. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein, für einen einfachen Zugang zu Sprachkursen und Weiterbildung und zu einer guten medizinischen und psychiatrischen Versorgung. Geflüchtete sollen dieselben Leistungen erhalten, wie Unionsbürger*innen, daher soll sich Münster auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen. Informationen und Broschüren der Stadt und ihrer Tochterunternehmen sollen in verschiedenen Sprachen und auch in einfacher Sprache erscheinen. Menschen, die noch nicht so gut Deutsch sprechen, sollten das Recht auf einen Dolmetscher für Behördenbesuche haben. Bewerbungsverfahren bei der Stadt und ihren Tochterunternehmen müssen grundsätzlich anonym durchgeführt werden, um Diskriminierung zu vermeiden. Münster sollte sich auch dafür einsetzen, dass Abschlüsse aus Nicht-EU-Ländern einfacher anerkannt werden. Interkulturelle und antirassistische Projekte wollen wir fördern und den Integrationsrat, der die politische Teilhabe von

Menschen mit Migrationshintergrund sicherstellen soll, stärken. Behörden und Institutionen, insb. freie Träger müssen mit ausreichend Personal ausgestattet werden, um schnell und unkompliziert z.B. bei Anträgen und Verfahren, zu unterstützen."

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Geflüchtete grundsätzlich dezentral in eigenen Wohnungen untergebracht werden müssen. Langfristig möchten wir die Gemeinschaftsunterkünfte zurückbauen und stattdessen bezahlbaren Wohnraum durch die Wohn- und Stadtbau errichten. Nur wenn die Stadt selbst baut und vermietet, ist gewährleistet, dass Wohnraum auch langfristig bezahlbar bleibt."

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Wir haben in den vergangenen Monaten mit Erschrecken festgestellt, dass immer mehr EU-Staaten erwägen, aus der Istanbul-Konvention auszusteigen. Wir sehen hingegen, dass auch heute immer noch jede vierte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt wird. Wir fordern daher, die Istanbul-Konvention konsequent umzusetzen, auch in Münster.

Dabei empfinden wir nicht nur „körperliche" Gewalt als Gewalt gegen Frauen, sondern auch die alltägliche Diskriminierung und Demütigung durch deutlich weniger Gehalt, die oftmals prekäre Beschäftigung in bestimmten Berufsgruppen oder beispielsweise den schlechten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen

Als LINKE möchten wir auf kommunaler Ebene alle Mittel nutzen, um Frauen zu stärken und sie zu befähigen ihren Weg zu gehen und sich für eine wirkliche Gleichberechtigung stark zu machen. Dazu wollen wir Frauenberatungsstellen und Selbsthilfegruppen finanziell und personell besser ausstatten. Münster braucht zudem mindestens ein neues Frauenhaus und mehr Übernachtungsplätze für obdachlose Frauen. Die Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen wollen wir verbessern. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass Münster Vorreiterin darin wird, die kommunalen Gremien und Spitzenposten paritätisch zu besetzen und eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und ehrenamtlicher Kommunalpolitik sicherzustellen."

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Ein besserer Schutz von Kindern braucht unseres Erachtens gutes Personal in Kitas, Schulen und bei den Allgemeinen sozialen Diensten der Jugendämter. Kindern und Jugendlichen muss es jederzeit und besonders niedrigschwellig, ohne Gefahr der Stigmatisierung, möglich sein, Kontakt zu Personen des Vertrauens aufnehmen zu können. Dies ist derzeit nicht ausreichend gewährleistet. Schulsozialarbeit wurde bisher in NRW immer nur befristet finanziert, oft kümmert sich ein*e Sozialarbeiter*in um mehrere Schulen. Hohe Fallzahlen zeugen zudem von einer enormen Arbeitsbelastung der Mitarbeiter*innen der Allgemeinen Sozialen Dienste der Jugendämter. Dies wollen wir ändern. Wir wollen mehr Stellen beim Jugendamt und in der Schulsozialarbeit schaffen, bei gleichzeitig guten Arbeitsbedingungen.

Fördern wollen wir außerdem entsprechende Präventionsprogramme, Kurse zur Stärkung des Selbstbewusstseins von Kindern und Jugendlichen, und Aufklärung über Gefahren im Internet und in den sozialen Medien.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„Die gleichberechtigte Teilhabe scheitert unseres Erachtens zumeist daran, dass in unserem Gesundheitssystem nicht mehr ausreichend auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Menschen eingegangen werden kann. Der Mensch ist in unserem Gesundheitssystem zu einer Ware geworden. Die Leistungen unseres Sozialsystems sind in den letzten Jahren erheblich zurückgefahren worden. Die Fahrt zum Arzt wird für Menschen mit Gehbehinderungen nicht mehr ausreichend von der Krankenversicherung finanziert. Die Agenda 2010, mit der Einführung von Hartz IV, hat für eine Ausbreitung der Armut gesorgt, mit erheblichen gesundheitlichen Folgen. Medikamentenzuzahlungen, Fahrten zum Arzt, von der Krankenversicherung nicht übernommene Medikamente, gesundheitliche Hilfsmittel, Zahnersatz und eine gesunde und vollwertige Ernährung. Dies alles mit Hartz IV/Grundsicherung zu finanzieren, ist fast unmöglich. Aber auch in den Krankenhäusern, in Pflegeheimen und bei Ärzten wird gespart. Ausführliche Patientengespräche sind oft nicht mehr möglich, Personalmangel bei Ärzten und Pfleger*innen ist der Normalzustand. Das vor einigen Jahren eingeführt DRG-System in Krankenhäusern führt oft dazu, dass Patient*innen viel zu früh entlassen werden, sodass eine ausreichende Anschlussversorgung nicht in der Kürze gewährleistet werden kann.

Die Liste der Mängel ist lang. Die Grundprobleme, die Privatisierung im Gesundheitssektor und die gleichzeitigen Kürzungen, können wir nur auf Bundesebene ändern. Auf kommunaler Ebene wollen wir aber alle Mittel nutzen, die Auswirkungen dieser politischen Fehlentscheidungen abzumildern. Wir wollen, dass alle Stadtteile mit ausreichend Haus- und Fachärzt*innen, insbesondere Psycholog*innen, versorgt sind. Wir brauchen dringend mehr Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen und Menschen in sozialen

Schwierigkeiten. Indro e.V. wollen wir besser finanzieren und mit mehr Personal aufstocken. Für Menschen ohne Obdach brauchen wir einen mobilen Arztbus. Wir wollen durch die Wohn- und Stadtbau mehr bezahlbaren, barrierefreien Wohnraum, damit Menschen möglichst lange zu Hause wohnen können. Darüber hinaus fordern wird die dauerhafte Einrichtung eines runden Tisches zur Erfassung des Bedarfs und bestehender qualitativer und quantitativer Mängel im Gesundheits- und Pflegebereich unter Beteiligung von Einrichtungen, des MDK und der Betroffenen."

9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Die ausreichende Partizipation scheitert unseres Erachtens vor allem daran, dass bedingt durch Privatisierungen, Einsparungen und einen erheblichen Personalmangel und eine erhebliche überlastung bei Pfleger*innen und Ärzt*innen keine Zeit mehr bleibt für ausführliche Aufklärungsgespräche, die Planung der weiteren Behandlung oder die Suche nach individuellen Lösungen für den einzelnen Menschen. Zusätzlich zu den o.g. Maßnahmen wollen wir, dass Münster sich dafür einsetzt, dass ausreichend Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorhanden ist, das sich angemessen um jeden individuellen Menschen kümmern kann. Dazu möchten wir insbesondere, dass auch die Stadt selbst kommunale Pflegeheime und Pflegedienste betreibt und Gesundheitszentren einrichtet, in denen sich Haus- und Fachärzte ansiedeln können."

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„Schulsozialarbeit hat sich in den letzten Jahren als Erfolgsmodell erwiesen. Leider hinkt Deutschland anderen Ländern deutlich hinterher, in vielen Ländern sind Sozialarbeiter*innen als unabhängige*r Ansprechpartner*in an einer Schule Gang und Gebe. Schulsozialarbeit muss dauerhaft im Jugendhilferecht des SGB VIII als Regelleistung verankert werden. Dazu muss aus unserer Sicht ein Bundesprogramm zur Finanzierung flächendeckender Angebote schulbezogener Jugendarbeit aufgesetzt werden. Einen entsprechend lautenden Antrag hat DIE LINKE bereits 2019 im Bundestag gestellt. Sollte bist 2021 kein entsprechendes Gesetz auf Bundesebene verabschiedet worden sein, werden wir uns auf kommunaler Ebene für die Fortführung der Schulsozialarbeit in Münster einsetzen. Die Finanzierung der Schulsozialarbeit empfinden wir als deutlich wichtiger, als die Finanzierung elitärer Prestigeprojekte wie des Musik-Campus oder der Verbreitung der Straßen zugunsten einer autofreundlichen Stadt."

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„DIE LINKE ist sich darüber bewusst, dass es derzeit viele Diskussionen hinsichtlich der Anbindung gibt und alle Möglichkeiten sowohl Vor- als auch Nachteile bieten. Gemeinsam mit allen Interessensverbänden gilt es, eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten, zuvorderst natürlich den Schüler*innen gerecht wird. Grundsätzlich sollte Schulsozialarbeit fester Bestandteil sowohl im SGB VIII als auch im Schulgesetz werden. Schulsozialarbeiter*innen müssen nach TVöD bezahlt werden. Sie dürfen nicht dem Unterricht untergeordnet werden, von den Sozialarbeiter*innen sollten beispielsweise keine Unterrichtsvertretung oder Nachhilfe geleistet werden müssen, das sehen wir nicht als deren Aufgabe. Schulsozialarbeit kann nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn ein vom Lehrkörper und der Schulleitung unabhängiges Vertrauensverhältnis besteht.“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„In Münster gibt es deutlich zu wenige Unterkünfte für Einzelpersonen und Familien, die obdachlos werden. Daher möchten wir mehr Unterkünfte schaffen. Dabei bevorzugen wir jedoch einen dezentralen Ansatz, d.h. dass Menschen, die ihre Wohnung verlieren, bevorzugt in dezentralen Wohnungen der Stadt untergebracht werden sollten. Grundsätzlich können wir der steigenden Wohnungslosigkeit aber nur entgegenwirken, wenn wir die drastische Steigerung der Mieten in den vergangenen Jahren rückgängig machen und mehr kostengünstigen Wohnraum bauen und sozialen Wohnungsbau fördern. Neuer Wohnraum sollte unseres Erachtens zuvorderst von der Stadt selbst gebaut werden, da nur so sichergestellt ist, dass die Mieten auch langfristig günstig bleiben. Von privaten Investoren geschaffener sozialer Wohnungsbau hingegen fällt nach einigen Jahren aus der Mietpreisbindung und die Mieten erhöhen sich – das wollen wir vermeiden.

Damit die wohnungslosen Menschen bei der Wohnungssuche angemessen unterstützt werden können, benötigen wir in der Wohnungslosenhilfe dringend mehr Sozialarbeiter*innen. Oft ist ein*e Sozialarbeiter*in für eine ganze Einrichtung zuständig.

Neben der Wohnungslosenhilfe braucht Münster aber auch mehr Einrichtungen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten gem. § 67 SGB XII. Von diesen Wohnplätzen gibt es in Münster deutlich zu wenig.“